

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21
Tagblatthaus.

Schalter-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7465.

Wöchentlich

12 Ausgaben.



Preis:

„Tagblatt“ Nr. 6650-53.

Von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends, außer Sonntags
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7465.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 30 Pf. 1.40 monatlich, 3 Pf. 4.20 vierteljährlich durch den Verlag
Langgasse 21, ohne Beleglohn, 3 Pf. 3.30 vierteljährlich durch alle deutschen Postämter, aus-
schließlich Beleglohn. — Bezugs-Beleglohn nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Zweigstelle
Bismarckring 19, sowie die Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in Rheinhessen: die dortigen Aus-
gabestellen und in den benachbarten Sandorten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.

Anzeigen-Preis für die Zeile: 25 Pf. für örtliche Anzeigen; 35 Pf. für auswärtige Anzeigen; 1.25 Pf.
für die ersten 10 Zeilen; 2.00 Pf. für auswärtige Anzeigen, 20% Leertext- und Leerzeilen. — Bei wieder-
holter Aufnahme unveränderter Anzeigen entsprechende Ermäßigung. — Anzeigen-Ausschlag: Für die
Abend-Ausgabe bis 12 Uhr mittags; für die Morgen-Ausgabe bis 3 Uhr nachmittags. — Für die
Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin W. 57, An der Apostelkirche 7, 1. Fernsprecher: Amt Lüchow 6202 und 6203.

Freitag, 15. November 1918.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 535. • 66. Jahrgang.

Auf dem Posten bleiben!

Es ist nicht ganz leicht, sich in die neuen Verhältnisse, die die große Staatsumwälzung in Deutschland hervorgerufen hat, hineinzufinden. Bei vielen Deutschen besteht über den Zustand, in dem wir staatsrechtlich jetzt leben, noch völlige Unklarheit. Demgegenüber sind folgende Tatsachen festzuhalten. Die alten Reichseinrichtungen sind durch die revolutionäre Gewalt beseitigt. Die politische Macht liegt augenblicklich in den Händen derer, die sie an sich gerissen haben. Das sind die beiden sozialdemokratischen Parteien, die Mehrheitspartei und die Unabhängigen. Die Regierung von 6 Männern, die sich aus diesen beiden Parteien gebildet hat, ist aber keine Regierung im alten Sinne. Die volle Regierungsgewalt liegt bei der Gesamtheit der Arbeiter- und Soldatenräte. Die Regierung ist nur der Vollzugsausführer dieser Organisationen. Zunächst hatten sich zahlreiche wilde Arbeiter- und Soldatenräte gebildet, allmählich haben sich die Verhältnisse aber geklärt, und bald dürfte die delegierten Versammlung der Arbeiter- und Soldatenräte von Gesamtdeutschland zusammentreten. Es ist eine Tatsache, daß es sich hier um eine reine Parteiregierung handelt, denn die Arbeiter- und Soldatenräte nehmen grundsätzlich nur Sozialisten auf. Aber es kann sich natürlich hier nur um einen Übergangszustand handeln. Die Diktatur des Proletariats muß abgelöst werden durch die Volksherrschaft. Der Wille des Volkes aber läßt sich nur durch allgemeine Wahlen feststellen. Die beiden jetzt herrschenden Parteien haben sich bei ihren Einigungsverhandlungen verpflichtet, die verfassunggebende Versammlung für Gesamtdeutschland nach Konsolidierung der inneren Verhältnisse wählen zu lassen. Für die Anhänger aller Parteien wird jene Wahl dann die Möglichkeit einer Vertretung schaffen. Zwischenzeitlich aber erfordert es das gesamte Volksinteresse, daß jeder auf seinem Posten, wo er steht und wo er bisher dem Vaterland gedient hat, bleibt. Das Schlimmste, was uns drohen könnte, wäre jetzt die Gegenrevolution. Sie würde einen blutigen Bürgerkrieg mit ungeheuren Ausgängen bringen. Die obersten militärischen Stellen, Oberste Heeresleitung, der Kriegsminister, der Befehlshaber Ober-Ost und die Festungskommandanten haben sich den Arbeiter- und Soldatenräten zur Verfügung gestellt. Damit ist ein Beispiel gegeben. Die Wunden im Lande, gleichviel in welcher Stelle sie wirken, müssen das Funktionieren der großen Staatsmaschinerie aufrechterhalten. Sie versehen ihrer politischen Überzeugung damit nichts: denn sie dienen nicht der herrschenden Partei, sondern der Volksgemeinschaft, die ja durch eine Hungersnot, eine Verkehrskrise oder eine sonstige Störung ohne Unterschied der Partei leiden würde. Vor allem gilt es auch, das Aufkommen eines Bolschewismus von links her zu verhindern. Die neue vorläufige Regierung hat aber auf der anderen Seite die unbedingte Pflicht, dafür zu sorgen, daß dieser Dienst aller bisherigen Organe mit Freude und nicht mit Seufzern geschieht. Die beiden herrschenden Parteien haben sich, wie gesagt, zur Verfügung der Konstituante verpflichtet. Sie werden ihre Position um so mehr sichern und alle gegenrevolutionären Stimmungen verhindern, je klarer und unmissverständlicher sie den Willen für die Berufung der Konstituante manifestieren.

Wilson an die deutsche Regierung.

Die verbrochene Rohrmittelhe.

W. T. B. Rotterdam, 14. Nov. (Drahtbericht.) Hier wurde folgender Ausspruch des Schweizer Gesandten in Washington an das Ministerium des Äußeren in Bern aufgenommen:
Ich habe dem Staatsdepartement ohne Vergütung die Mitteilung der deutschen Regierung zugestellt. Der Staatssekretär ersuchte, folgende Antwort zu übermitteln: In der gemeinsamen Sitzung beider Häuser im Kongress hat der Präsident der Vereinigten Staaten erklärt, daß die Vertreter der alliierten Regierungen in dem Obersten Kriegsrat in Versailles durch einstimmigen Beschluß den Mittelmächten zugesichert haben, sie mit Lebensmitteln zu versorgen und die Not zu erleichtern, die an vielen Orten geradezu das Leben bedroht, und daß unmittelbare Schritte getan werden können, um diese Unterstützung mit derselben systematischen Weise zu organisieren, wie es im Falle mit Belgien geschehen ist. Weiterhin sprach der Präsident seine Ansicht aus, daß es mit Hilfe der alliierten Schiffe der Mittelmächte sobald möglich sein müsse, ihre unterdrückte Bevölkerung von der Furcht vor völliger Verelendung zu befreien und ihrem Sinn und ihrer Energie für die großen und gefährlichen Aufgaben des politischen Wiederaufbaus frei zu machen, denen sie überall gegenüberstehen. Dementsprechend beauftragte mich der Präsident, zu erklären, daß er bereit sei, die Belie-

zung Deutschlands mit Lebensmitteln in wohlwollender Erwägung zu ziehen und die Frage sofort mit den Verbündeten zu erörtern, vorausgesetzt, daß ihm versichert werden kann, daß die öffentliche Ordnung in Deutschland weiterhin herrschend bleibt und daß eine unparteiische Verteilung der Lebensmittel verfügt ist. Sulzer, Schweizerischer Gesandter.

Der Versailles Kriegsrat und die Lebensmittelnot.

Br. Basel, 14. Nov. (Fig. Drahtbericht.) Meldungen aus Frankreich, die infolge des Schweizerischen Generalstreiks sehr schwer zu erlangen sind, besagen, daß im Versailles Kriegsrat einstimmig beschlossen wurde, alles Mögliche für die Zentralmächte zu tun, um sie mit Lebensmitteln zu versorgen. In diesem Zweck sollen auch Handelschiffe der Zentralmächte herangezogen werden. Gegenüber der revolutionären Bewegung in Deutschland und Österreich-Ungarn muß der Vertrag zunächst eine abwartende Haltung einnehmen.

Die deutschen Schiffe sollen gechartert werden.

W. T. B. Rotterdam, 14. Nov. (Drahtbericht.) Nach dem „Neuen Rotterdam Courant“ verläutet in diesem Schiffsverkehr, daß die Alliierten alle deutschen Schiffe auf unbestimmte Zeit zu Chartern beabsichtigen, um mit ihrer Hilfe die Lebensmittellieferung der ganzen Welt in die Hand zu nehmen. Die Kriegsschädigung werde sich um den Betrag dieser Schiffe weiter verringern.

Hindenburg in Rassel.

W. T. B. Rassel, 14. Nov. (Drahtbericht.) General-Feldmarschall v. Hindenburg ist heute vormittag im Großen Hauptquartier eingetroffen und hat im Wilhelmshöfischen Schlosshotel Wohnung genommen. Am Bahnhof fanden sich Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrates, für die Stadtverwaltung Oberbürgermeister Koch ein.

Konstantinopel von den Alliierten besetzt.

Br. Pest, 14. Nov. (Fig. Drahtbericht.) Die Flotte der Entente hat am 12. d. M. die Dardanellen passiert und am Tage darauf Konstantinopel besetzt.

Ein britisches Schlachtschiff gesunken.

W. T. B. London, 14. Nov. (Drahtbericht.) Der Admiralität ist mitgeteilt, daß das britische Schlachtschiff „Audacious“ nördlich der irischen Küste am 27. Oktober auf eine Mine gelaufen und gesunken ist.

Der Kaiser als Privatmann nicht interniert.

W. T. B. Haag, 14. Nov. Anlässlich der in der Presse verbreiteten, einander widersprechenden Ansichten über den Charakter des Aufenthaltes des früheren deutschen Kaisers in Holland, wobei auch von Internierung die Rede war, wurde dem Korrespondenz-Bureau mitgeteilt, daß mit der Thronbesteigung jede Beziehung des Kaisers zur deutschen Armee aufgehört hat.

Amsterdam, 12. Nov. Das Schiff des Kaisers ist noch ungenutzt. Das sozialdemokratische Organ „Der Volk“, dessen Meinung wohl sehr bald maßgebend sein wird, schreibt zu der Forderung der Verbandsblätter, den Kaiser auszuliefern: „Es scheint uns das gegenüber solchen Wünschen, die möglicherweise bald in Anforderungen des Völkerbundes oder auch Deutschlands werden können, nur ein Standpunkt möglich ist, daß nämlich die Frage, ob Kaiser und Kronprinz ausgeliefert werden müssen, keine Frage ist, die von Hollandischem Interesse aus und nach holländischer Auffassung entschieden werden muß, sondern eine Frage, die ganz Europa und die ganze Welt berührt und über die das Internationale der Welt entscheiden muß, es von den revolutionären Vätern der Welt beurteilt werden wird.“

Die Beschlagnahme

des preussischen Kronvermögens.

W. T. B. Berlin, 13. Nov. Die preussische Regierung erklärt folgende Bekanntmachung betreffend die Beschlagnahme preussischer Kronvermögensgegenstände: Sämtliche zum preussischen Kronvermögens gehörenden Gegenstände werden hierdurch mit Beschlagnahme belegt. Die Verwaltung wird dem preussischen Finanzministerium übertragen. Das nicht zum Kronvermögens gehörende Vermögen, im Sondervermögen des Königs und der königlichen Familie stehende Vermögen wird hierdurch nicht berührt.

Weitere Thronverächte.

W. T. B. Schwerin, 14. Nov. (Drahtbericht.) Gemäß dem Beschluß des Ministeriums verachtet der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin für sich und sein Haus auf den arthritischen Thron.

W. T. B. Gotha, 14. Nov. (Drahtbericht.) Wie heute den Abgeordneten des gemeindefreihlichen Landtags mitgeteilt wurde, entsand Herzog Karl Eduard von Sachsen-Coburg-Gotha dem Thron.

Das Befinden der Königin von Bayern.

W. T. B. München, 14. Nov. (Drahtbericht.) Über das Befinden der Königin Lilietha von Bayern meldet die Korrespondenz Hoffmann: Nach der von uns an maßgebender Stelle eingezogenen Erkundigungen ist an der Blattermeldung, daß die Königin Lilietha gezeichnet sei, kein wahres Wort. Die Königin ist allerdings leidend, ihr Befinden hat sich aber in letzter Zeit sehr gebessert und gibt zu Befürchtungen keinen Anlaß.

Wie es kam!

Die eigentliche Ursache der Revolution.

Br. Berlin, 14. Nov. (Fig. Drahtbericht.) Unter der Überschrift „Wie es kam“ bringt der „Vorwärts“ in seiner heutigen ersten Ausgabe in einem Artikel über die Vorgänge, die sich in der Flotte abspielten und zu der jetzigen Revolution geführt haben, folgende Einzelheiten: Die Flotte sollte auslaufen und sich im Kampf gegen den übermächtigen Feind bis zum letzten Schiff opfern. Das hätte 80000 Menschen das Leben gekostet, wäre aber nach dem Glauben der Alldeutschen ein Ereignis gewesen, um das Volk nochmals mit der Stimmung vom August 1914 zu erfüllen. Dieser Plan ist keine Phantasie, sondern durch zuverlässige Aussagen von Matrosen erwiesen. Tatsächlich erhielt am 28. Oktober die Schlachtflotte den Befehl zum Auslaufen. Den Matrosen wurde gesagt, es handle sich um ein Pöbelschiff, aber der Geist der Seeleute entdeckte bald Fischen, die für eine beabsichtigte Schlacht sprachen. Abhiebbriefe von Offizieren wurden aufgefangen, die mit großer Klarheit aussprachen: „Wir wollen lieber untergehen, als die Flotte an die Engländer ausliefern.“ Die Flotte meuterte, die Matrosen widersetzten sich der Ausfahrt. Ansprachen der Offiziere und andere Maßnahmen dagegen waren erfolglos. Der Versuch der Ausfahrt wurde wiederholt, er mißlang und mißlang ein drittesmal. Auf den geheimen Befehl „Vorhaben ist unbedingt auszuführen“, kam jedesmal die Antwort „Vorhaben ist nicht ausführbar“. Die Matrosen wurden schließlich so weit gebracht, daß sie sich sagten: Hier winkt das Buchhaus, dort die Freiheit. Die Wahl war nicht schwer.

Aus dem Berliner Vollzugsrat.

W. T. B. Berlin, 13. Nov. In der bereits gemeldeten vom Vollzugsrat einberufenen Soldatenversammlung erklärte der Matrose Stöbel, daß sich die Marine entschließen für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung einsehe. Es müsse vor allem jeder Terror unterdrückt werden. v. Beerfeldt habe die Revolution in das Jahrtausend einer tabulalen Richtung leiten wollen, sei aber deshalb von seinem Posten entlassen worden.

Der Vollzugsrat und der Arbeiter- und Soldatenrat beschloßen, die Bildung einer neuen Garde vorläufig einzustellen, da die Truppen sich erklären, daß sie jederzeit zur Verteidigung der revolutionären Errungenschaften und zur Befestigung der sozialistischen Republik ihr Leben einsetzen würden.

Br. Berlin, 14. Nov. (Fig. Drahtbericht.) Der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates hat jetzt seinen Sitz im Herrenhaus. Die Tagesbefehle an die Soldatenräte werden fortan von einem Mitglied des Vollzugsrates gegenzeichnet werden. Die Befehle der Offiziere werden fortan in allererster Linie neu geregelt werden. In den militärischen Zentralbehörden werden, wie wir hören, die Offiziere auch weiterhin an beratender Stelle bleiben. In den Regiments- und sonstigen Truppenverbänden denkt man jedoch daran, Soldaten ohne Rücksicht auf ihren Dienstgrad, nur unter Berücksichtigung ihrer Tätigkeit, zu Kommandeuren zu machen.

Keine Zahlungsanweisungsbefugnis der A. und S.-Räte.

W. T. B. Berlin, 13. Nov. (Amtlich.) Aus Anlaß mehrerer Einzelfälle entschied die Reichsregierung, daß die Arbeiter- und Soldatenräte nicht befugt sind, Zahlungen aus Regierungs- und Kreisstellen anzuweisen und zu erheben. Ebenso sind die Arbeiter- und Soldatenräte nicht befugt, die öffentlichen Gebühren selbständig zu erheben.

Kaufm. Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt?

B. A. Berlin, 14. Nov. (Fig. Drahtbericht.) In das Auswärtige Amt, das der unabhängige Sozialdemokrat Kauffmann leitet und in dem der sozialdemokratische Unterstaatssekretär Dr. David arbeitete, soll als zweiter Unterstaatssekretär der bekannte Theoretiker Karl Kauffmann eintreten.

Eine Erweiterung des preussischen Ministeriums.

B. A. Berlin, 14. Nov. (Fig. Drahtbericht.) Zur Erweiterung des Kabinetts erfahren wir, daß als festes Mitglied des preussischen Kabinetts zu den Abgeordneten Dr. Braun und Dr. Harnisch von der sozialdemokratischen Partei und den Abgeordneten Stöbel und Adolf Hoffmann von der unabhängigen sozialdemokratischen Partei der Berliner Rechtsanwalt Dr. Kurt Kosefeld (unabhängig) hinzutritt. In das preussische Ministerium des Innern, das von dem Sozialdemokraten Paul Hirsch geleitet wird, tritt als Unterstaatssekretär der unabhängige Sozialdemokrat Dr. Rudolf Breitfeld.

Der Schweizer Generalstreik beendet.

W. T. B. Bern, 14. Nov. (Drahtbericht.) Der Ständerat beschloß gestern mit allen gegen eine Stimme Zustimmung der Maßnahmen des Bundesrats zum Generalstreik. Der Bundesrat hatte dem Oberen Aktionskomitee ein Ultimatum bis Mittwochabend um 12 Uhr mit der Forderung zur Einstellung des Generalstreiks gestellt, widrigenfalls eine Reihe von Maßnahmen ergriffen würden. Das Oberer Aktionskomitee hat den Streik um Mittwochabend um 12 Uhr für beendet erklärt.

Ein Druck der Entente auf Holland.

Br. Haag, 14. Nov. (Fig. Drahtbericht.) Wie der „Nieuw Rotterdam Courant“ meldet, soll die Entente bekanntgegeben haben, daß falls in Holland Revolution ausbräche, jedes Lebensmittelausfuhr von der Entente eingestellt würde.

